

Bürgerschaftswahl 2019

Die Kandidaten: Kristina Vogt, DIE LINKE

- Alter: 53
- Wohnort (Stadtteil): Walle
- Erlernter Beruf: Rechtsanwaltsfachangestellte
- Hobbies: Fußball, Musik, Fotografie, Fahrradfahren und gutes Essen
- Lieblingsort in Bremen: mein Garten sowie das Blockland

Die Baustellen:

Allgemein:

- Die Wahlbeteiligung war bei der letzten Wahl auf einem eher niedrigem Niveau. Wie kann man Ihrer Meinung nach wieder mehr Bürger in die Wahllokale locken?

Politiker*innen müssen ehrlich sein und zuhören. Was nichts bringt, sind unhaltbare Versprechungen, die nach der Wahl still und heimlich in der Schublade verschwinden. Langfristig müssen aber Menschen mit geringem Einkommen endlich spürbare Veränderungen erfahren, denn die Wahlbeteiligung ist nicht überall niedrig, sondern vor allem in den Stadtteilen mit hoher SGB II Quote.

- Was schätzen Sie am Standort Bremen, welche Vorteile bringt er mit?

Bremen ist ja höchst erfolgreich und gleichzeitig tief gespalten: top Wissenschaft, dritthöchstes Wirtschaftswachstum, kurze Wege und eine tolerante Stadtgesellschaft sind sicherlich wichtige Vorteile. Was aber mit Bremen bundesweit immer in Zusammenhang gebracht wird, sind die bekannten sozialen Probleme: Kinderarmut, Leiharbeit, Armut trotz Arbeit, Bildungsmisere in benachteiligten Stadtteilen. Diese Punkte sind kein schlichtes Imageproblem, sondern bedeuten für die Betroffenen ganz reale Ausgrenzung. Und darauf liegt unser politischer Fokus.

Bildung:

- Wie stehen Sie zum Thema Notengebung in der Grundschule?

DIE LINKE lehnt die Vergabe von Noten in der Grundschule ab. Zahlreiche Studien haben deutlich erwiesen, dass Kinder und Jugendliche durch schlechte Schulnoten vor allem demotiviert werden. Außerdem ist die Notenvergabe oft subjektiv und ungerecht. Aus diesen Gründen streben wir die Abschaffung der Noten auch über die Grundschule hinaus an.

- Was muss sich ändern, um das Bildungsniveau an Bremer Schulen zu heben?

An Bremer Schulen fehlt vor allem Personal – wir wollen daher mehr Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen ausbilden und einstellen. Die neuen Stellen müssen aber zielgerichtet in den Bereichen geschaffen werden, in denen Kinder und Jugendliche besondere Unterstützung brauchen. Die Inklusion muss besser ausgestattet werden und Schulen in benachteiligten Stadtteilen müssen den Unterricht durchgängig mit zwei Fachkräften bestreiten können. Außerdem muss die Sprachförderung besonders unterstützt werden, auch schon im Kindergarten. Gute Bildung benötigt auch eine gute räumliche Ausstattung. Wir wollen über eine neu zu gründende Schulbaugesellschaft ein Landesprogramm für den Schulbau starten.

Bauen und Wohnen:

- Welche Maßnahmen planen Sie, um mehr bezahlbare Wohnungen entstehen zu lassen?

Wir wollen grundsätzlich den Wohnungsmarkt sozialer steuern: keine Grundstücksverkäufe an Großinvestoren, Schutz vor übertriebenen „Modernisierungen“, die dazu genutzt werden, die Mieten in die Höhe zu treiben. Wohnungen von Vonovia und anderen börsennotierten Konzernen wollen wir zurück in die öffentliche Hand holen. Die beiden kommunalen Wohnungsunternehmen Gewoba und Brebau können auch noch mehr für den Neubau, auch mit Sozialbindung, tun, der leider jahrelang kaum noch stattgefunden hat. Wir wollen das sogenannte Rennbahngelände, auf dem sich ein Golfplatz befindet, für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung nutzen. Das schließt den Bau von Sozialwohnungen ebenso ein wie die Schaffung von Wohnraum für den Mittelstand sowie ökologisch wertvoller und öffentlich zugänglicher Grünanlagen.

- Wo sehen Sie weiteren Handlungsbedarf in der Stadtentwicklung?

Die zukünftige Entwicklung der Innenstadt und der angrenzenden Stadtteile muss demokratisch gesteuert werden. Wie hoch, wie dicht, wie exklusiv - das darf nicht von privaten Investoren und Ressortspitzen entschieden werden, sondern muss öffentlich diskutiert und unter breiter Beteiligung beschlossen werden. Die City braucht Aufenthaltsqualität. Alle Quartiere brauchen Bürgerhäuser, Familien- und Quartiersbildungszentren, kulturelle Einrichtungen und Begegnungsstätten. Und es muss endlich etwas gegen das Auseinanderdriften der Stadtteile getan werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass einzelne Stadtteile in Bremen abgehängt werden. Als einen ersten Schritt wollen wir in den benachteiligten Stadtteilen Sozialzentren einrichten, in denen ein dezentraler Bürgerservice, eine umfassende Gesundheitsversorgung und Beratungsstellen zur Verfügung stehen. Lokale Sportvereine bedürfen dort außerdem einer öffentlichen Finanzierung, um noch eine weitere mögliche Maßnahme zu nennen.

Verkehrspolitik:

- Welche Änderungen im öffentlichen Nahverkehr hielten Sie für wünschenswert?

Wir haben einen konkreten Plan, um die Ticketpreise kurzfristig zu senken. Das ist wichtig, um die ökologische Verkehrswende mit sozialer Teilhabe für alle zu verknüpfen. Wir wollen aber auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in Bremen ein ticketloser, steuerfinanzierter ÖPNV eingeführt wird. Dafür muss aber zuerst das Netz ausgebaut und entsprechend viele neue Busse und Bahnen angeschafft werden.

- Wie lassen sich die vermehrt auftretenden Staus auf Bremer Straßen am besten vermeiden?

Nur durch eine Stärkung von ÖPNV und Radverkehr. Sowohl der Anteil des Radverkehrs als auch die Fahrgastzahlen der BSAG stagnieren momentan. Beim Radverkehr hat das auch sehr viel mit gefährlichen Bereichen zu tun. Fast jeder kennt ja wen, der schonmal einen schweren Unfall mit dem Rad hatte. Deshalb müssen wir viel mehr für Radweg-Sicherheit in der Fläche tun.

Haushalt:

- Wo sehen Sie noch Möglichkeiten zu sparen?

Der Bremer Haushalt wird seit 25 Jahren „saniert“. In dieser Zeit ist die Verwaltung nach dem Rasenmäherprinzip ausgedünnt worden, notwendige Sanierungen in die öffentliche Infrastruktur sind unzureichend erfolgt, auch sind wichtige Zukunftsaufgaben wie der Ausbau von Kitas und die Verbesserung der schulischen Bildung verschleppt worden. Weitere Möglichkeiten zum Sparen sehen wir daher so gut wie nicht. Die einzige große Ausnahme ist für uns der OTB, für den auch noch im aktuellen Haushalt 48,5 Mio. Euro zur Seite gelegt werden. Diese Mittel können in Bremerhaven besser für ein Investitionsprogramm eingesetzt werden.

- Worin würden Sie trotz der Schulden mehr investieren?

2020 wird es erstmals seit langer Zeit wieder einen kleinen Einnahmeüberschuss geben, der in den darauffolgenden Jahren steigen wird. Angesichts von Armut, Arbeitslosigkeit, Sanierungsstau und

PISA-Schock ist für DIE LINKE klar: das Geld muss da ankommen, wo es für die Verbesserung und Behebung dieser Missstände am dringendsten gebraucht wird. Also in den Schulen, den Kitas und den sozial benachteiligten Stadtteilen. Wir wollen den Bau von erschwinglichem Wohnraum forcieren und die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur angehen. Pflege und Erziehungsberufe müssen aufgewertet und die Ausbildung in diesen Bereichen verstärkt werden. Die Verwaltung muss in wichtigen Bereichen (z. B. Bauplanung) wieder handlungsfähig gemacht werden. Gegenüber diesen Notwendigkeiten muss der Abbau der Altschulden zurückstehen.

Kultur:

- Welche neuen Akzente planen Sie in der Kulturpolitik zu setzen?

Wir wollen insbesondere die Freie Szene stärken. Dafür müssen deutlich mehr Mittel für die Projektförderung zur Verfügung gestellt werden. Hiermit wollen wir einerseits mehr Initiativen fördern und so die Bremer Kulturszene stärken, andererseits wollen wir zukünftig auch sicherstellen, dass die Förderung in ausreichender Höhe erfolgt, um den beteiligten Künstlerinnen und Künstlern ein angemessenes Honorar zu zahlen. Viel zu oft wird der Kulturbetrieb durch Lohnverzicht und prekäre Arbeitsbedingungen aufrechterhalten, hier wollen wir eine Kehrtwende erreichen.

- Welche kulturellen Projekte sollten Ihrer Meinung nach stärker gefördert werden?

Neben der bereits erwähnten Freien Szene wollen wir neue Förderstrukturen für die sogenannte Junge Szene und den künstlerischen Nachwuchs schaffen. Neue, unkonventionelle Kulturprojekte haben es in Bremen derzeit schwer, Mittel aus dem Kulturretat zu erhalten. Wir wollen helfen, dass sich eine neue Generation von Künstlerinnen und Künstlern in Bremen etablieren kann und Bremen ein Ort für neue Ideen bleibt. Ein weiteres Problem sehen wir bei der Förderung der kulturellen Bildung. Sie fällt derzeit zwischen alle Stühle, kein Senatsressort ist richtig zuständig. Wir wollen einen verbindlichen Anlaufpunkt im Senat schaffen, bei dem Projekte betreut werden und so zu einer besseren Verankerung der kulturellen Bildungsarbeit sorgen.